



Organ der "GRUPPE GEGEN DEN STROM"

Nr. 7

Januar - Februar 1941

Rpf 15

B e s c h l u ß .

Die "Linksfraktion des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" hat laut Organisationsbeschluß ihren Namen auf "Gruppe Gegen den Strom" geändert. Diese Namensänderung ist der Abschluß der Periode des Kampfes zur Gesundung des Kampfbundes von der opportunistischen Politik der "kombinierten Kriegstaktik."

Der Kampfbund hat sich durch das Festhalten an dieser Politik als ungesundtar erwiesen, daher diesen Schritt zur unbedingten Notwendigkeit gemacht. Dies umsomehr, als er sich nicht von der Politik der opportunistischen II. Internationale abgrenzte, was allerdings eine Trennung von seiner "kombinierten Kriegstaktik" bedeutet hätte.

Ein weiteres Verharren auf dem Namen "Linksfraktion" des Kampfbundes wäre ein unbedingter Fehler, da dies zu der Meinung führen müßte, der Kampfbund könne noch als Vorkämpfer der IV. Internationale angesehen werden. Als solcher ist er aber durch sein Verhalten entgiltig nicht mehr zu werten und somit obiger Beschluß notwendig gemacht.

Die Leitung der

Im Jänner 1941.

"Gruppe Gegen den Strom"

.....

In unserem Organ "Gegen den Strom" Nr.5 haben wir die Parallele der "kombinierten Kriegstaktik" und dem "integralen Sozialismus", in der Nr. 6 der gleichnamigen Schrift mit dem "aktiven Internationalismus", "Thesen der Vier" und diese Politik als "Generallinie" der verräterischen kleinbürgerlichen II. Internationale nachgewiesen. Zugleich haben wir auf die Gefahr die diese Politik für das internationale Proletariat beinhaltet hingewiesen, weil eine in prinzipiellen Fragen gleichlautende Kriegspolitik in den Massen die Illusion wachrufen muß, die II. Internationale könne noch die Sache der Arbeiter revolutionär vertreten und daher eine IV. Internationale nicht notwendig, ja den Kampf der Arbeiter gegen den Imp. Krieg und die Verteidigung der SU. schwäche. Aus diesem Grund haben wir den Kampfbund aufgefordert, sich öffentlich von der Politik der II. Internationale zu trennen, abzugrenzen.

Der Kampfbund hat in den vier Monaten die ihm zu diesem Zweck zur Verfügung standen, insoweit reagiert, als er in der "Arbeitermacht" Nr.1 seinen Standpunkt der "kombinierten Kriegstaktik" mit der Veröffentlichung der "Augustthesen" 1939 und einigen, gelinde gesagt Fälschungen

von Arbeiten Trotzky's erhärtete. Dieses Verhalten machte es zum endgiltigen Gebot, die revolutionäre Trennung, die Änderung des Namens unsere Organisation durchzuführen. Dies umsomehr als wir uns durch ein weiteres Festhalten an dem Namen "Linksfraktion des Kampfbundes" an seinem Verhalten mitschuldig machen würden.

Unser Ziel und Bestreben war seit dem Aufscheinen der opportunistischen Kriegstaktik diese zu überwinden, den Kampfbund zu gesunden. Die "Kriegstaktik" die innerhalb des Kampfbundes zuerst als politische Stimmung auftrat, entwickelte sich immer mehr als politische Richtung als Richtung die mit der II. Internationale auf derselben Ebene stand. Diese Erkenntnis ist aber erst das Ergebnis und Resultat einer langwierigen Diskussion und eines ebensolchen Kampfes. Es wäre vollkommen unrichtig den Zeitpunkt dieses Ergebnisses etwa auf März 1938 zu verlegen. Zu dieser Zeit bestand noch die Möglichkeit den Kampfbund von seiner politischen "Stimmung" zu heilen. Das hat sein Schwanken in den August-Septembertagen 1939 das durch das deutsch-russische Bündnis hervorgerufen wurde, trotz der Entstehung der sogenannten Augustthesen, bewiesen. Erst in diesem Zeitpunkt fällt der Beginn des vollständigen Verfalls des Kampfbundes und die allmähliche Entwicklung ihrer Kriegstaktik zur politischen Richtung und damit die vollständige Unheilbarkeit dieser Organisation.

Es mag hier eingewendet werden, dass dies schon im März 1938 schon erkennbar war und dass diese Bemühungen nicht nur Zeitverschwendung sondern auch bei der Arbeiterschaft Illusionen über den Kampfbund hervorrufen könnte, doch haben wir niemals und niemand die vollständige Ausheilung des Kampfbundes garantiert. Wir haben wohl unseren Kampf dazu ausgerichtet, doch haben wir es abgelehnt, den zentristischen Kampfbund noch vor der entscheidenden Probe als unheilbar zu bezeichnen und die sofortige Konsequenz zu ziehen. Nun ist diese Konsequenz unvermeidlich geworden und durchaus gerechtfertigt, wir zögern keinen Augenblick diese zu ziehen.

Die Politik der "Gruppe Gegen den Strom" wird im Wesen die gleiche sein, wie die der ehemaligen "Linksfraktion," (natürlich ohne der Perspektive der Gesundung des Kampfbundes.) Sie lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Kampf zur Herausbildung der revolutionären Klassenpartei, bei gleichzeitigem konsequenten Kampf gegen jeden Opportunismus. Überwindung der örtlichen Partikularbewegung, Kampf für die von jedem Opportunismus freie IV. Internationale!

Der prol. Staat und das Selbstbestimmungsrecht
der Völker.

(kann der prol. Staat annektieren?)

Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen beschäftigt nahezu 40 Jahre alle marxistischen Parteien. Sie gewinnt angesichts des zweiten imperialistischen Kriegs, sowie durch das Bestehen des prol. Staates und der ihm durch die Stalinbü. aufgezwungenen Aktionen neuerlich an Bedeutung. Die heutigen Handlungen des prol. Staates sind der unumstößliche Beweis, dass die 3. Internationale nicht nur das Prinzip des unversöhnlichen Klassenkampfes, sondern als logische Folge auch das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes über Bord geworfen hat. Sie zwingt dem prol. Staat Handlungen auf, die nicht im Einklang mit den Programmen, Thesen, Resolutionen der revolutionären Partei stehen.

Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, insbesondere die Frage, ob der Prol. Staat annektieren könne, gewinnt durch seine Aktionen im Baltikum, Polen, Bessarabien usw. immer mehr an Bedeutung. Zwei Fragen sind es vor allem, die einer besonderen Behandlung bedürfen. Und zwar: 1. Was sind Annektionen?

2. Ist der prol. Staat Machtmittel (Unterdrückungs-organ)
oder nicht?

1. Was sind Annektionen?

Um das Wesen der Annektionen zu verstehen ist es notwendig eine klare politische Definition des Begriffes Annexion zu geben, die auf

alle Annexionen der Welt zutrifft. Weiters ist es notwendig, die Ursachen aus denen die Annexionen entspringen, die durchaus verschieden sind aufzuzeigen. Auch ist es nötig hinzuweisen, dass sie trotz ihrer Verschiedenheit der Ursachen aus denen sie entspringen, ein Gemeinsames haben; die Zertretung jeglicher Demokratie.

Unter dem Begriff Annexion verstehen Revolutionäre 1. Die Angliederung (Eroberung) fremder Staatsgebiete an einen gegebenen Staat vermittels Gewalt. 2. Unter Annexion verstehen sie auch gewaltsames Festhalten eines fremden Volkes in den Grenzen eines gegebenen Staates. 3. Unter gewissen Bedingungen ist auch die Verletzung des Status quo eine Annexion.

Wie man auch den Begriff Annexion dreht und wendet, von welcher Seite auch immer betrachtet man kann nur auf ein Ergebnis gelangen; alle Annexionen sind eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, ein Festhalten eines Volkes in den Staatsgrenzen gegen den Willen und Sympathien der Bevölkerung. Er stellt somit den Sammelbegriff aller Eroberungen dar, ganz gleichgültig mittels welchen Machtmitteln sie durchgeführt wurden, ob durch militärische Operationen (Krieg) diplomatischen, oder wirtschaftlich Druck. Zugleich kann man um die Tatsache nicht herum, dass die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes = Annexionen die politische Unterdrückung eines fremden Volkes darstellt und daher die Behandlung des Begriffs Annexion die Behandlung einer politischen und nicht einer ökonomischen Frage darstellt. Krieg, Diplomatie, Wirtschaftsdruck sind politische Aktionsmittel, zur Erreichung der gesteckten politischen Ziele und finden entsprechend der Lage, verschiedene manchmal auch gleichzeitige Anwendung. Doch wird der wesentliche Inhalt, die gewaltsame Angliederung, die Zertretung jeder Demokratie durch die verschiedene Anwendung der politischen Mitteln nicht im geringsten berührt.

Das klassenbewußte Proletariat, d.h. die dem kommunistischen Programm treu gebliebenen Revolutionäre sind gegen jede Annexion und daher für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Es tritt hier nun allerdings die Frage auf, warum ist das revolutionäre Proletariat, gegen die Annexionen und für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen? Weil Annexion und Verweigerung des Rechtes auf nationale Selbstbestimmung gleichbedeutend ist mit der Zerschlagung jeglicher Demokratie, weil ohne der Demokratie (hier ist allerdings nicht die formale oder bürgerliche D. sondern die proletarische Demokratie gemeint) der Sozialismus nicht zu verwirklichen ist. In der Erkenntnis daß der Sieg des Proletariats über die Kapitalisten nur international zu verwirklichen ist, d.h. international in der Tat nicht nur in der Phrase treten sie mit aller Kraft für das Recht der nationalen Selbstbestimmung ein. Eine Aberkennung dieses Rechtes ist ein Bruch mit dem Internationalismus, eine Anerkennung des Internationalismus bloß in Worten. Dem revolutionären Proletariat obliegt daher die Verpflichtung, klipp und klar auszudrücken was es unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes versteht und wie weit es bereit ist dieses Recht zu realisieren.

Für das Selbstbestimmungsrecht sein, heißt gegen Annexionen sein, gegen Annexion und damit für das Selbstbestimmungsrecht sein, heißt für das uneingeschränkte Recht der Los-trennung sein. Eine Verweigerung der Lostrennung ist Annexionismus. "Wer gegen die Freiheit der Lostrennung ist, der ist für den Annexionismus." (Lenin) Dies gilt natürlich auch im Sozialismus, für den prol. Staat. Das revolutionäre Proletariat muß unbedingt auch im proletarischen Staat für die Freiheit der Lostrennung eintreten, will es nicht mit dem Internationalismus brechen und Annexionspolitik treiben.

In der Diskussion mit den Genossen der örtlichen Bewegung der IV. Internationale begegnen wir des öfteren dem Argument, daß der Begriff Annexion nur auf den Imperialismus und nichtauch auf den Sozialismus anzuwenden sei. Dass es nur der Imperialismus allein ist, dem Annexionspolitik eigen ist. Dieses Argument ist offensichtlich unrichtig. Wir haben oben schon erwähnt, daß der Begriff Annexion ein politischer Begriff ist, Imperialismus und Sozialismus aber zwei ökonomische Begriffe sind. Unter Imperialismus versteht man allgemein den sich zum Monopol entwickelten Kapitalismus; unter Sozialismus die erste oder unterste Phase des Kommunismus. Aber beide, Imperialismus und Sozialismus finden ihren politischen Ausdruck im Bestehen eines politischen Unterdrückungsorgans, dem Staat. Der Imperialismus im kapitalistischen Staat, der Sozialismus im proletarischen Staat.

Si in Bezug auf den Sozialismus vorweggenommen, wir werden weiter unten auf diese Frage noch zurück kommen.

Jedoch ist es unbestrittene Tatsache, daß der sich zum Monopol entwickelte Kapitalismus die Eroberungspolitik, Annexionspolitik am stärksten ausgeprägt hat, daß der ganze Imperialismus aus seiner ökonomischen Stellung heraus, die Absicht und das Bestreben hat, sein Monopol auch auf fremde Nationen auszudehnen, sie wirtschaftlich zu beherrschen und auszubeuten. Um dies umso sicherer und gründlicher durchführen zu können, ist er bestrebt sie auch politisch zu beherrschen, sie zu annektieren. Der sich zum Monopol entwickelte Kapitalismus ist nicht nur gegen die Wirtschaftdemokratie die ihren Ausdruck in der freien Konkurrenz findet, sondern auch gegen die politische Demokratie, diese er zu zerschlagen gezwungen ist, um seinen wirtschaftlichen und politischen Feststand zu sichern. Doch zu glauben, daß nur und ausschließlich nur der Imperialismus fremde Völker unterdrückt, annektiert ist ein Irrtum. Die Ursache dieses Irrtums liegt wie bereits erwähnt im Verwechseln des ökonomischen und politischen Begriffs.

Auf diesen Umstand haben wir in unserer Presse schon hingewiesen und wollen ihn der Verständlichkeit halber ergänzen.

Nicht erst seit der Existenz des Imperialismus gibt es nationale oder was im Wesen das gleiche ist koloniale Unterdrückung fremder Nationen, sondern diese hat es lange vor der Entwicklung des Kapitalismus zu seinem neuen Stadium gegeben. Weiters weisen auch alle Umstände daraufhin, daß die Möglichkeit besteht, dass die nationale Unterdrückung nach der teilweisen Überwindung des Imperialismus bestehen bleiben wird, wenn das revolutionäre Proletariat sich nicht von all den ihm anhaftenden Fehlern zu befreien instande sein wird, sich von kleinbürgerlich beschränkten Nationalismus zum revolutionären Internationalismus durchringt.

Worauf es bei dieser Frage besonders ankommt, ist zu beweisen, daß nicht erst der Imperialismus die politische Unterdrückung fremder Völker hervorbrachte, sondern dass diese schon Dutzenden vor dem sich zum Imperialismus entwickelten Kapitalismus existierte. Das der Imperialismus die nationale Unterdrückung von all dem ihm vorausgegangenem und den ihm folgenden Entwicklungsstadien am stärksten ausgeprägt hat, ist eine ganz andere Frage, aber trotz ihrer Richtigkeit nicht den Beweis zu erbringen imstande ist, daß nach der Überwindung des Imperialismus die Unterdrückung von Nationen, also Annexionsismus unmöglich sein wird.

In seinem Werk "Der Imperialismus als neuestes Stadium des Kapitalismus" bringt Lenin Vergleichszahlen über den Kolonialbesitz des vormonopolistischen Kapitalismus, des Kapitalismus mit vorwiegend freier Konkurrenz. Er führt hieran, dass England im Jahre 1815-30 126.4 Millionen fremder Völker unterdrückte und Frankreich 3.08 Millionen Quadratmeilen in Kolonialbesitz hatte und 0.5 Millionen fremder Völker politisch unterdrückte. Er beweist weiter, dass die höchste Entwicklung des vormonopolistischen Kapitalismus in die Jahre 1860-70 fallen und das diese höchste Entwicklungsstufe ihren Ausdruck findet, nämlich in der Steigerung der politisch unterdrückten Völker über 100%, bei England auf 267.9 Millionen, bei Frankreich jedoch nur um das 15fache(!) auf 7.5 Millionen. Wie wir sehen eine ganz beträchtliche Zahl politisch Unterdrückter und zwar noch vor der Entwicklung des Kapitalismus in sein höchstes Stadium, den Imperialismus. Lenin fügt dann wörtlich hinzu: "Kolonialpolitik und Imperialismus hat es auch vor dem jüngsten Stadium des Kapitalismus, ja vor dem Kapitalismus selbst gegeben. Das auf Sklaverei beruhende Rom betrieb Kolonialpolitik ... aber ... selbst die Kolonialpolitik der früheren Stadien des Kapitalismus unterscheiden sich wesentlich von der Kolonialpolitik des Finanzkapitals."

Natürlich, der zum Imperialismus entwickelte Kapitalismus hat die Tendenz zur Unterdrückung fremder Völker am stärksten ausgeprägt. Für den Imperialismus sind Annexionen die politische Garantie der Profite die er aus den tausend und aber tausend Unternehmungen annektierter Länder zieht. Mittels der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung fremder Völker sichert sich der Imperialismus nicht nur den Rohstoff sondern in weiterem Sinne den Absatzmarkt. Dies ist ja im wesentlichen die ökonomische Triebfeder die den Imperialismus immer wieder zur Unterdrückung neuer Völker treibt.

Anders die gegenwärtigen Handlungen des proletarischen Staates, unter Führung der stalinischen Kreniklique. Sie stellen den verzweifelten Versuch dar, die entgleitende politische Macht der Kreniklique zu sichern. Sie versucht auf diese Weise den prol. Staat vor den Angriffen

des Imperialismus militärisch, d.h. mittels rein nationaler Politik somit auch gegen das internationale Proletariat zu verteidigen.

Das revolutionäre Proletariat kämpft gegen jede Annexion, nicht nur europäischer Völker, sondern auch gegen Annexionen und koloniale Unterdrückungen außereuropäischer Völker, sowie gegen die Annexionen durch den prol. Staat. Sie kämpfen dagegen mit dem vollen Bewußtsein, dass nur der freiwillige Zusammenschluß aller Völker imstande sein wird, die Weltarbeiterklasse vom Joch kapitalistischer Unterdrückung zu befreien und die Menschheit in die klassenlose Gesellschaft überzuleiten. Damit aber tritt der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen plastisch in den Vordergrund prinzipiell-strategischer Bedeutung. Ohne des Kampfes für das Recht der freien Selbstbestimmung, was gleichbedeutend ist Kampf gegen Annexionen, läßt sich der Sieg über den Kapitalismus nicht verwirklichen.

"Der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist dasselbe, wie der Kampf um die volle nationale Befreiung und volle Unabhängigkeit, gegen Annexionen, und diesen Kampf in jeder seiner Formen bis zum Aufstand oder Krieg - können Sozialisten nicht ablehnen, ohne aufzuhören Sozialisten zu sein." (Lenin, G.W.S. 258)

Die gegenwärtige politische Lage, der imperialistische Krieg und der ihn ablösende imperialistische "Frieden" die Begleiterscheinungen des Imperialismus überhaupt lassen es wahrscheinlich erscheinen, dass die Grenzen völkervertraglich festgelegt werden. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass der Imperialismus dem ihn ablösenden Sozialismus weniger demokratische Grenzen dafür aber eine Reihe von Annexionen in Europa und anderen Erdteilen hinterlassen wird. Wird nun das siegreiche Proletariat das auf der ganzen Linie die vollkommene Demokratie wiederherstellen und zu Ende führen will, auf die demokratische Bestimmung der Staatsgrenzen verzichten? Wird das siegreiche Proletariat mit der Sympathie der Völker nicht rechnen wollen?

Die den Sozialismus oder proletarischen Staat vertretenden und verteidigenden Parteien dürfen die undemokratischen Festlegungen der Staatsgrenzen durch den Imperialismus anerkennen. Sie dürfen aber auch nicht die durch den Imperialismus undemokratischen Festlegungen der Staatsgrenzen durch eigene politische Maßnahmen (wie Annexion Ostpolens, des Baltikums, Bessarabiens) Vertreter des wirklichen Revolutionarismus dürfen auch in keiner Weise die Zertretung der Demokratie auf außenpolitischem Gebiet durch den Stalinismus beschönigen, indem sie sich auf den Imperialismus berufen und sagen der deutsche Imperialismus hätte diese Staatsgebilde an sich gerissen, wenn sowjetrussische Truppen diese Staaten nicht besetzt hätten. Damit ist einerseits die Annexion dieser Staaten durch den deutschen Imperialismus vermindert worden und andererseits die militärische Position der SU. verbessert worden. So die Argumente mit denen im allgemeinen die stalinischen Aktionen entschuldigt werden. Diese Argumente gehen aber an der revolutionären Wirklichkeit vorbei. Denn 1. verhindert man mit einem solchen Standpunkt über Annexionen nicht weitere Annexionen Deutschlands oder sonst welcher Imperialisten wie das Beispiel Rumänien und Bulgarien beweisen. 2. Ist es unterdrückten Völkern ziemlich gleich von wem sie unterdrückt werden. Es braucht hier wohl nicht besonders betont werden, dass der Stalinismus sich in den politischen Unterdrückungsmethoden nicht im wesentlichen von denen des Kapitalismus unterscheidet. Annexionen durch jedwelchen Imperialismus lassen sich nur durch konsequenten Kampf gegen den Kapitalismus-Imperialismus verhindern, und gerade diesen Kampf hat die Stalin-Internationale aufgegeben. Das der Arbeiterschaft nicht sagen beinhaltet Gefahren für sie zu den eventuellen kleinen Vorteilen in gar keinem Verhältnis stehen. Im Gegenteil, dieses Verschweigen fügt der Weltarbeiterklasse weit größeren Schaden zu, weil es nicht die Illusionen zerstört, die über diese Aktionen des proletarischen Staates ausgelöst wurden und die von der Stalinbürokratie bewußt für ihre Interessen ausgenutzt werden.

Weiter. Es ist ebenfalls vollkommen unrichtig, Annexionen dem Selbstbestimmungsrecht gegenüber zu stellen. Annexion (wir behaupten ausdrücklich das Annexion Eroberung ist) ist eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, weil sie die Staatsgrenzen gegen den Willen und Sympathie des Volkes festlegt. Annexionismus ist Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, weil er gegen die freie Lostrennung ist und damit Eroberungen sanktioniert.

Die durch den Stalinismus veranstaltete W. zog Grenzen, besetzte fremde Gebiete, durch welche diese früher selbständigen Staatsge-

biet, oder Teile derselben der SU. angegliedert wurden. Politische Aktionen also, die zur Folge hatten, die politische militärische Unterordnung dieser Gebiete ohne den Willen dieser Nationen zu berücksichtigen. Ob diese Aktionen, Annexionen oder Verletzungen des Selbstbestimmungsrechtes sind darüber zu streiten ist müßig. Wenn man gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Stalinbürokratie protestiert, so protestiert man ob man will oder nicht gegen die gewaltsame Angliederung dieser Staaten durch die SU. Ob nun das Privateigentum in diesen Gebieten beseitigt d.h. sozialisiert wurde oder nicht. Diese Frage berührt die Annexion als politischen Begriff überhaupt nicht. Wir werden später noch Gelegenheit haben nachweisen zu können, dass aufgezwungene Sozialisierung, nicht so eine zweifelhafte wie die von der Stalinbürokratie durchgeführte, den Sieg des Proletariats untergräbt und in Frage stellt.

Jedoch das Hauptargument das gegen unsere Darstellungen ins Treffen geführt wird ist, dass der prol. Staat nicht annektieren kann. Dieses Argument beinhaltet die Gefahr, dass der prol. Staat damit idealisiert wird. Weiters ist dieses Argument ein Beweis, dass man sich über die politische Karft des prol. Staates nicht bewußt ist und zugleich das Wesen der Annexionen in ihrer Tragweite nicht ganz überblicken kann. Es dürfte bei der Einschätzung der gegenwärtigen Lage der SU. und der ihr angegliederten Gebieten die Meinung eine große Rolle spielen, dass an den entscheidenden Produktionsmitteln das Privateigentum aufgehoben wurde. Diese Maßnahme ist sicherlich von großer Bedeutung und ist auch progressiv, doch stellt sie keinen Beweis dar, dass der prol. Staat nicht annektieren könne. Diese Frage ob der prol. Staat annektieren kann ist von so weittragender Bedeutung, dass wir uns die Mühe machen müssen sie in besonders ausführlicher Weise zu untersuchen.

2. Ist der prol. Staat politisches Machtmittel oder nicht. Wenn Marxisten vom Staat sprechen, dann sprechen sie von einem bestimmten Unterdrückungsorgan (politischen Unterdrückungsorgan). Sprechen sie von einem bestimmten Staat, kapitalistischen oder proletarischen Staat, dann sprechen sie davon, dass das politische Unterdrückungsinstrument entweder im Besitz der Kapitalistenklasse oder der Arbeiterklasse ist, zur Unterdrückung der gesellschaftlichen Antipoden. Den Staat ist somit das Unterdrückungsinstrument der jeweils herrschenden Klasse. Er ist das Instrument zum Aufwiegen des Willens der herrschenden Klasse und zur Unterdrückung des Willens der unterdrückten Klasse.

Der prol. Staat ist daher wie jeder Staat überhaupt ein Instrument zur Unterdrückung einer bestimmten Gesellschaftsschichte, der Kapitalistenklasse, also der höchste politische Ausdruck der Herrschaft des Proletariats. Über diese Frage scheint es keine Differenzen zu geben. Indem aber die Genossen den prol. Staat als Staat anerkennen sind sie scheinbar nicht für die Anerkennung in allen seinen politischen Konsequenzen und laufen der Gefahr den Marxismus zu kompromittieren und sich in Konfusion zu verstricken.

Spricht man vom Staat, auch vom prol. Staat, so kann er nicht ohne Grenzen existieren, wie Lenin treffend sagt "Als Komplex von Wahrnehmungen, - ohne Materie." Im Gegensatz zum kapitalistischen Staat, der den Sympathien der Bevölkerung und der demokratischen Festlegung der Grenzen Gewalt antut, wird der prol. Staat auf die demokratische Festlegung seiner Staatsgrenzen entsprechend der Sympathien der Bevölkerung nicht verzichten können, ohne der Gefahr zu laufen seinen Bestand zu untergraben.

"Zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung ist ein Fundament notwendig," schreibt Lenin - die soziale Produktion; aber auf diesem Fundament bedarf es noch einer demokratischen Organisation des Staates, einer demokratischen Armee usw. Indem das Proletariat dem Kapitalismus in den Sozialismus umgestaltet, schafft es die Möglichkeit für die völlige Beseitigung der nationalen Unterdrückung; diese Möglichkeit wird "nur" - "nur" dann zur Wirklichkeit werden wenn auf allen Gebieten die Demokratie durchgeführt sein wird, selbst bis zur Festlegung der Staatsgrenzen entsprechend der "Sympathien" der Bevölkerung, bis zur völligen Freiheit der Lostrennung. Auf dieser Basis wird sich ihrerseits die absolute Beseitigung der kleinsten nationalen Reibung, des geringsten nationalen Mißtrauens praktisch vollziehen und mit ihr eine beschleunigte Annäherung und Verschmelzung der Nationen."

Hier spricht Lenin ausdrücklich aus was allein imstande ist, Eroberungspolitik des prol. Staates zu verhindern. Wir wählen hier ab-

sichtlich eine etwas veränderte Formulierung von Annexionspolitik um die Materie ansprechender zu machen. Es gibt nur ein Mittel die Annexions- oder Eroberungspolitik des prol. Staates zu verhindern und zwar: die verwirklichte proletarische Demokratie. Diese verwirklichte Demokratie kann nur ein Faktor verkörpern die revolutionäre Klassenpartei die mit allen ihren Fasern eine Weiterentwicklung der proletarischen Revolution nicht nur in der SU. sondern auch im Weltmaßstab fördert. Nun und ist in der SU. ein solcher Faktor vorhanden der diese Verkörperung von Revolutionarismus und Demokratie darstellt? Man braucht diese Frage nur zu stellen um den Widersinn, dass der proletarische Staat nicht Eroberungspolitik betreiben kann, klar zu legen. Warum soll der prol. Staat als vollständig organisiertes Unterdrückungsinstrument nicht erobern können? Welche Faktoren sind es die Eroberungen verhindern können? Diese Antwort ist man bisher schuldig geblieben. Wir wollen es versuchen, sie statt unseren Gegnern zu geben.

Zwei Faktoren sind es in erster Linie die Eroberungs oder Annexionspolitik des prol. Staates verhindern können. 1. Wie wir gesehen haben eine revolutionäre Klassenpartei, die den Sozialismus verwirklicht indem sie die proletarische Demokratie zu verwirklichen sucht, den prol. Staat leitet und damit seine Handlungen bestimmt. 2. Das politische Kräfteverhältnis zu den anderen Staaten. Dieses Kräfteverhältnis des proletarischen Staates zu den anderen Staaten unterliegt den gleichen Gesetzen wie die politische Kraft aller anderen Staaten, zusätzlich der revolutionären Geltung des internationalen Proletariats. Dies fällt aber bei der Betrachtung dieser Frage weg.

Betrachten wir das erste Argument, so ist jeder Genosse der auf dem Boden der IV. Internationale steht überzeugt, dass eine solche Partei weder in der SU. noch auf der ganzen Welt besteht, sondern erst gebildet werden muß. Wohl besteht im internationalen Maßstab eine Organisation, eben die IV. Internationale, die große Teile derjenigen Elemente und Gruppen zusammenschließt die den Verrat der Stalinbürokratie erkannt haben. Doch im nationalen Maßstabe sind diese Gruppen noch viel zu schwach und unbekannt als dass sie eine selbständige revolutionäre Aktion in diesem Ausmaß führen und leiten könnten. Darüber besteht kein Zweifel. Die Stalinb. die jegliche proletarische Demokratie zertreten hat, zwingt usurpatorisch dem Proletariat ihre Herrschaft auf. Dadurch wird es erst möglich, dass der prol. Staat über den die Stalinbürokratie unumschränkt verfügt diesen zu Eroberungspolitik mißbraucht. Für die Stalinb. sind die Annexionen nichts anderes als die versuchte Garantie ihrer politischen Herrschaft über das Proletariat vermittelt des proletarischen Staates.

Das zweite Argument besagt dass alle, die militärische, diplomatische und wirtschaftliche Kraft des prol. Staates bestimmt wird durch den Stand und Leistungskapazität der Produktion, Industrie usw. durch das Kräfteverhältnis des ganzen Volkes. Es ist somit militärisch ohne weiteres in der Lage, schwächeren Staaten gegenüber (wie das Beispiel Baltikum, Bessarabien usw. zeigt) mittels seiner politischen Druckmittel Eroberungspolitik- Annexionspolitik zu betreiben. Unseres Erachtens gibt es keine anderen Faktoren die Eroberungspolitik des proletarischen Staates verhindern können. Der Vervollständigung halber aber wollen wir noch einige Argumente großer Sozialisten hinzufügen.

Dass Annexionspolitik oder wenn das angenehmer, Eroberungspolitik unter dem Sozialismus (proletarischer Staat) möglich ist, beweist Engels theoretisch durch ein Beispiel Indiens und anderer kolonial unterdrückter Völker. In einem Brief an Kautsky schreibt er:

"..... Meiner Ansicht nach werden die eigentlichen Kolonien, d.h. die von europäischer Bevölkerung besetzter Länder, Kanada, Kap, Australien, alle selbständig werden; dagegen die bloß beherrschten, von Eingeborenen besetzten Länder, Indien, Algerien, die holländischen, portugiesischen und spanischen Besitzungen vom Proletariat vorläufig übernommen werden und so rasch wie möglich der Selbstständigkeit entgegengeführt werden müssen. Wie sich dieser Prozeß abwickeln wird, ist schwer zu sagen. Indien macht vielleicht Revolution, sogar sehr wahrscheinlich und da das sich befreiende Proletariat keine Kolonialkriege führen kann, würde man es gewähren lassen müssen, wobei es natürlich nicht ohne allerhand Zerstörung abgehen würde. Aber dergleichen ist eben von allen Revolutionen unzertrennlich. Dasselbe könnte sich auch noch anderwärts abspielen, z.B. in Algerien und Ägypten, und wäre für uns sicher das Beste. Wir werden genug zu Hause zu tun haben. Ist Europa erst reorganisiert und Nordamerika, so gibt das eine so kolossale Macht und ein solches Exempel, dass die

halbzivilisierten Völker ganz von selbst ins Schlepptau kommen, das besorgen allein schon die ökonomischen Bedürfnisse. Welche sozialen und politischen Phasen aber diese Länder dann durchzumachen haben, bis sie ebenfalls zur sozialistischen Organisation kommen, darüber, glaube ich, können wir heute nur ziemlich müßige Hypothesen aufstellen. Nur das eine ist sicher: Das proletarische Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Befehle erteilen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben. Womit natürlich Verteidigungskriege verschiedener Art keineswegs ausgeschlossen sind"

Zu diesem Brief Engels nimmt Lenin folgende Stellung ein: "Die wirtschaftliche Umwälzung wird alle Völker veranlassen sich dem Sozialismus zuzuwenden, doch sind dabei auch Revolutionen gegen den sozialistischen Staat- und Kriege möglich. (Unterstreichungen von uns) Die Anpassung der Politik an die Ökonomie wird unvermeidlich eintreten, aber nicht auf einmal und nicht ganz glatt, nicht einfach, nicht unmittelbar. Als sicher stellt Engels nur ein einziges, unbedingt internationalistisches Prinzip auf, das er alle "fremden Völker gegenüber d.h. nicht nur gegenüber den Kolonialvölkern, anwendet: Ihnen Beglückungen aufzwingen wollen, hieße den Sieg des Proletariats untergraben."

(Spernungen von Lenin.)
Lenin schreibt dann weiter: "Das Proletariat wird nicht heilig und gegen Fehler und Schwächen gefeit werden, nur weil es die soziale Revolution vollbringen wird. Aber die möglichen Fehler, (und die eigennützigen Interessen- der Versuch, auf Kosten des anderen zu leben) werden das Proletariat unvorteilhaft zur Erkenntnis dieser Wahrheit führen."

Solche "Fehler und Schwächen" des Proletariats sind die Handlungen die die Stalinbürokratie dem Proletariat aufzuzwingen in der Lage ist, überhaupt das Bestehen der Stalinbürokratie. Aber ein ebensolcher Fehler ist es diese Handlungen damit zu entschuldigen, dass der deutsche oder ein beliebiger Imperialismus selbst "angeeignet" hatte. Ist es die Schuld des Imperialismus, dass sich die baltischen Staaten oder die die SU. umgebenden kleinen Staatsgebilde nicht für den freiwilligen Anschluß an die SU. entschlossen haben? Sicher ist es ein ökonomischer Fortschritt er bedeutet immerhin eine Schwächung des Weltimperialismus, jedoch nur soweit und insofern als die Stalinbürokratie den Weltimperialismus schwächen kann. Dies haben wir stets anerkannt und werden es weiterhin anerkennen. In unseren "Gegen den Strom" Nr. 5 schreiben wir: "Werden wir, wenn sich die Selbständigkeit (der baltischen Staaten usw.) durch die Wiederherstellung der Demokratie in der SU. dieser Gebiete realisieren sollte, für die Wiederherstellung des Privateigentums sein? Auf keinen Fall. Wir werden in diesen Gebieten, für die sozialistische Demokratie eintreten und diese aufbauen auf Grund der von der Stalinbürokratie vollzogenen Sozialisierungsmaßnahmen. Man kann daher gegen die Annexionen dieser Gebiete für die Enteignung sein, soweit sie die Grundlage des Anknüpfungspunktes einer tatsächlichen sozialistischen Gesellschaft darstellen."

Daß der proletarische Staat annektiert hat ist bittere Wahrheit. Aber so bitter diese Wahrheit auch ist, man muß ihr ins Gesicht sehen können, wie man der bitteren Tatsache der Notwendigkeit der IV. Internationale ins Gesicht blicken muß. Denn nur so lassen sich die "Fehler und Schwächen" des Proletariats vorläufig theoretisch überwinden, um die entscheidenden Augenblicke die praktische Überwindung zu gewährleisten.

Wenn wir für das Recht der Selbstbestimmung, d.h. gegen die durch die Stalinbürokratie hervorgerufenen Annexionen kämpfen, wenn wir für das Recht der Loslösung eintreten, heißt das, dass wir unter allen Umständen für die Wiederherstellung des Status quo sind? Heißt das, dass wir die Arbeiter der annektierten Gebiete Polens, Finnlands, usw. aufrufen werden für die Loslösung von der SU. mittels kapitalistischer Hilfe und zur Wiederaufrichtung der unumschränkten kapitalistischen Herrschaft zu kämpfen? Nein! Niemals! Das wäre eine ausgesprochen reaktionäre Politik! Aber wir treten für das demokratische Recht der Loslösung ein, für die selbständige revolutionäre Aktion der Arbeiter dieser Gebiete. Und soweit wir prinzipiell das Recht auf Loslösung anerkennen, rufen wir im gegenwärtigen Schwachzustand des internationalen Proletariats, den Kampf nicht auf die Loslösung von der SU. auszurichten, sondern zur Aufrichtung der IV. Internationale und deren Parteien damit zur Regenerierung der proletarischen Einheit in der SU. Denn nur durch diesen Kampf kann im gegenwärtigen Zeitpunkt das Recht auf Loslösung erkämpft und beschleunigt werden. Wir sind uns vollkommen bewußt, dass dieser Kampf nicht un-

abhängig von der Entwicklung der internationalen Revolution geführt werden kann und ohne zugleich gegen jede kapitalistische Ausbeutung und für den freiwilligen Zusammenschluß der Völker einzutreten und damit zur Verteidigung der SU. gegen alle imperialistischen Angriffe.

5. Die Stellung der kommunistischen Partei Russlands zu dieser Frage am 8. Parteikongreß 18-23. März 1919.

Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes beschäftigte den 8. Parteikongreß in ganz ausgiebiger Weise, auch hier mußte einer Meinung entgegen getreten werden, die in vielem der ähnlich ist, die von unseren Opponenten heute vertreten wird. Zur besseren Übersicht lassen wir das wesentlichste aus Kail. Radeks Bericht folgen, der als Einleitung zum Programm der kommunistischen Partei Russlands figuriert. Er schreibt: "Die heißesten Debatten auf dem Kongreß erweckte der Punkt über die nationale Frage. In der ausländischen Presse wurde die Frage so dargestellt, als ob sich die Debatte um den bolschewistischen Imperialismus gehandelt hätte. Lenin sei gegen die Expansion des Bolschewismus mit der Waffe in der Hand gewesen, während Frucharin und Pjatakoff die Vertreter des bolschewistischen Imperialismus, für den Versuch der Auffindung des Kommunismus bei anderen Völkern vermittels der Waffen seien. Das ist natürlich eine völlige Verkennung des Charakters der Debatte in diesem Punkt. Die gesamte K.P.R. steht auf dem Boden der Auffassung, dass das Proletariat endgültig nur international siegen kann. Aus diesem Grund sieht sie die Haupthedingung des Sieges in der Annäherung des Proletariats aller Länder zur gemeinsamen Kampfe. Die gesamte K.P.R. ist einig in der Überzeugung, dass der Kommunismus keinen Völkern mit der Waffe in der Hand aufgedrängt werden kann, fordert er doch die freiwillige bewusste Mitarbeit der Volkswassen an dem Bau der Gesellschaft."

Damals, im Jahre 1919 war sich die gesamte kommunistische Partei einig, dass der Kommunismus anderen Völkern nicht mit der Waffe aufgedrängt werden könne. Die heutige K.P. hat sich längst von der kommunistischen Program entfernt, doch dies steht vorläufig nicht zur Diskussion. Worauf es uns hier lediglich ankommt ist, denjenigen Genossen die der Meinung sind der proletarische Staat könne nicht anerkennen zu beweisen, daß er dies doch in der Lage ist, daß es nun auf die Partei ankommt, die den proletarischen Staat führt. Die damalige K.P.R. war sich bewusst, daß das Proletariat nur international siegen kann und daß die Haupthedingungen zu diesem Sieg nur in der freiwilligen Annäherung und nicht in der durch die Waffen erzwungenen (Annäherung) liegen können.

Der damalige Streit drehte sich nicht um die Tat sondern um die Formel. Heute allerdings ist es anders, heute geht es nicht nur um die Formel sondern auch um die T a t . Das ist der Unterschied, doch hören wir was Radek weiter sagt:

"Ein Teil der K.P.R. lehnt die Formel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ab, weil er behauptet, es gäbe keinen allgemeinen Volkswillen in einer kapitalistischen Gesellschaft. Wie man sich auch zu dieser Formel stellen mag, theoretisch unterliegt es gar keinem Zweifel, dass die Sowjetregierung keinesfalls daran denkt die Rateform anderen Völkern aufzudrängen."

Das stimmt, die damalige Parteileitung unter der Führung der K.P.R. dachte wahrlich nicht daran die Rateform anderen Völkern aufzudrängen. Aber zwischen der damaligen K.P.R. und der heutigen Stalinspartei bestehen eben Unterschiede, solche etwa wie zwischen der proletarischen Demokratie, Räteystem und der Diktatur der Stalindbürokratie.

Es mag hier eingewendet werden, daß zwischen der damaligen K.P.R. und der Stalinspartei die Periode der Verkleinbürokratie und der 3. Internationale und die Entartung des proletarischen Sieges. Und daß diese Periode die Entartung des Imperialismus darstellt. Dieses Argument ist allerdings nicht von der Hand zu weisen. Das erklärt aber nichts an der grundsätzlichen Einstellung zu dieser Frage. Als Leninisten gehen auch prok. Revolutionäre nach einem Ausbruch eines Genossen der in der Frage innerlich der prok. Staats gegen uns steht, um den Stalinismus von der subjektiven imperialistischen Seite heranz. d.h. daß sie alle keine Handlungen mit bewusster revolutionärer Kritik betrachteten. Das ist im vollen Umfang anzuerkennen, doch muß aber auch die sich daraus ergebenden Konsequenzen anerkannt werden. Denn die Verkleinbürokratie mit der fortschreitenden imper. Invasion entschuldigt sich mit dem, dass die gesamte Entartung der 3. Internationale mit demselben Argument zu entschuldigen. Das hätte aber nichts mehr mit Marxismus zu-

mein und man würde damit weder die imperialistische Gefahr aufhalten, noch die vom Imperialismus unterdrückten Völker befreien können. Weiters sind die vom Imperialismus unterdrückten Völker für den Sozialismus nur dann zu gewinnen, wenn man ihnen j e d e nationale Freiheit zusichert und diese Zusicherung durch praktische Beispiele beweist.

Diese Frage ist natürlich ohne Bedeutung für die Großstaaten des Westens." Schreibt R a d e k weiter. "Die Scheidenkümer und Noske glaubten selbst nicht daran als sie schrien, Sowjetrussland wolle mit Waffengewalt die Kommunisten in Deutschland zur Herrschaft bringen. Würde Sowjetrussland mit den Waffen in der Hand die deutschen Kommunisten, solange sie Minderheit in der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands sind zur Herrschaft bringen, so könnten diese sich auch nicht allein halten. Sie würden als Fremdherrschaft von den breiten Massen des Volkes empfunden werden und Ossinski hatte recht, als er in der Diskussion über diesen Punkt des Programms sagte: "Wenn die arbeitenden Massen eines Staates ihren Willen im nationalen Maßstab realisieren können, wenn sie ein reales Übergewicht von Kräften haben, erst dann können wir ihnen helfen. Ist die Lage anders, so könnte unsere Hilfe nur dazu führen, daß wir ihre und unsere Lage verschlimmern. Würden wir versuchen, den Spartakisten in Deutschland durch Einmischung in die deutschen Angelegenheiten zu helfen, dann würden wir nur die Lage der deutschen Kommunisten verschlechtern. Wenn sie selbst den Willen des deutschen Staates bestimmen, oder wenigstens an der Schwelle dessen stehen würden, nur dann können wir ihnen helfen und auch das nur im Falle ihrer Zustimmung."

Der Verzicht auf militärische Intervention den großen Staaten gegenüber ergab sich nicht nur aus taktischen und prinzipiellen Gründen, sondern einfach aus der militärischen Stärke. Sowjetrussland war nicht so stark um zum Angriff auf die Weststaaten übergehen zu können. Das ist auch heute trotz des wahrhaft gigantischen Wirtschaftsaufbaues und der militärischen Organisation des Proletariats der Fall.

"Dieses Argument fällt den kleinen Randstaaten gegenüber fort. Ihre militärischen Kräfte sind gering und wenn Sowjetrussland die russische Konterrevolution besiegt hat, so wäre es ohne weiteres militärisch instande, die Randstaaten zu besetzen. Das fürchtet nicht nur die Bourgeoisie der Randstaaten, sondern auch das Kleinbürgertum, das auf die Volksmassen dieser kleinen Völker einen großen Einfluß ausübt."

Vor allem wollen wir festhalten, dass Sowjetrussland "ohne weiters instande gewesen wäre, militärisch die Randstaaten zu besetzen." Der Grund dass sie es nicht getan hat muß also wo anders liegen als in der Anwendung staatlicher d.h. politischer Mittel. Und er liegt auch wo anders. Und zwar in der K.P.R. die als eine "ausgesprochen zentralistische Partei auf dem Boden der Föderation der Sowjetstaaten steht." Das betrachten wir als Beweis, dass einzig und allein nur das Festehen einer revolutionären Klassenpartei Annexionen des proletarischen Staates zu verhindern instande ist. Das Fehlen einer solchen Partei ermöglicht es durchaus, dass der proletarische Staat annectieren kann und auch wird, wenn es den Kleinbürgerlichen Interessen der Föderation entspricht. - Was ja die Stalinbürokratie im ausgiebigem Maße bewiesen hat.

Die damalige K.P.R. hat sich auch nicht gescheut das Land bei richtigen Kamen, also Annexion zu nennen. Sie war sich durchaus bewußt, nicht nur die militärische Besetzung, sondern auch das Festhalten fremder Völker im sowjetrussischen Staatsgebilde sei Annexion. Deswegen stand sie trotz ihres zentralistischen Standpunktes auf dem Boden der Föderation und deswegen hat sie damals Finnland das Recht der freien Bestimmung gewährt. Und Unick hat recht wenn er in seinen weiteren Ausführungen auf die Ehrlichkeit der russischen Politik hinweist.

"Sowjetrussland heuchelt nicht, wenn es die Unabhängigkeit dieser kleinen Gebiete anerkennt. Es hat keine Ursache ihre Sicherung zu erstreben. Es hat alle Ursache, durch ein friedschaftliches Nachbarverhältnis die Entwicklung dieser Staaten zur Völktherrschaft zu fördern. Die Annexion dieser Gebiete würde sogar bei dem Übergewicht der militärischen Kräfte Russlands einen dauernden nationalen Kampf mit dem Kleinbürgertum der Randstaaten aufzünden. Einen Kampf der eine Wunde am Leibe Sowjetrusslands darstellen würde und der ihm nicht erlauben würde, endlich zu wirtschaftlicher Organisationsarbeit zu kommen."

"Aus diesen Grunde steht die K.P.R. eine ausgesprochen zentralistische Partei auf dem Boden der Föderation der Sowjetstaaten. Sie unterstreicht damit, dass die straffe Zentralisation nur ein Resultat der freiwilligen Anerkennung der Notwendigkeit der Zentralisation durch die Volksmassen der Rätestaaten sein kann." sagt das Programm der K.P.R. Und Radek fügt weiter hinzu:

Es ist keine leere Phrase und keine Sentimentalitätspolitik, wenn Sowjetrussland sich programmatisch auf den Boden der Anerkennung der Unabhängigkeit dieser Staaten stellt. Nichts kann sie schneller freiwillig zu einem Bund mit den russischen Volksmassen führen, als diese Politik. Diese Rücksicht auf die Überreste der nationalen Ideologie, auf das Gefühlsleben der kleinen Völker ist kein Opportunismus und steht nicht im Gegensatz zu der ausgesprochenen Internationalität der russischen Proletariat und der kommunistischen Partei. Es ist nur eine Politik, die mit der Tatsache rechnet, dass die Volksmassen der Randstaaten dem Nationalismus desto schneller abstreifen werden, je weniger sie von der nationalen Unterdrückung bedroht sind."

Lassen wir noch den theoretisch wichtigsten Punkt über die nationale Frage folgen, in dem gesagt wird: "In der Frage, wen als Träger des Volkswillens im Falle einer Entscheidung zu betrachten sei, nimmt die K.P.R. den historischen Klassenstandpunkt ein und berücksichtigt dabei, auf welcher geschichtlichen Entwicklungsstufe die betreffende Nation steht. Auf dem Weg vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie oder von der bürgerlichen Demokratie zur Räte- oder proletarischen Demokratie. ..." so sind wir der Meinung, nachgewiesen zu haben, dass der proletarische Staat wohl annehmen kann und dass auch seine Aufgaben in Polen, Finnland, Baltikum usw. als Amerikanern zu betrachten sind und ein entsprechender Kampf gegen sie zu führen ist. Dass es lediglich die revolutionäre Partei sein kann, die Amerikanern zu verfeindeten ist und dass dieses Verfeindete gut theoretischer Erkenntnis, bei der Behandlung dieser Frage unbedingt in Rechnung gestellt werden muss.